Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4840**

16. Wahlperiode 23. 03. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Birgit Homburger, Elke Hoff, Dr. Rainer Stinner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/2082 –

Kein Weißbuch ohne vorherige Parlamentsdebatte

A. Problem

Auf Wunsch der Fraktion der FDP sollte das gemäß Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005 bis Ende 2006 herauszugebende neue Weißbuch erst nach einer Parlamentsdebatte und nach öffentlicher Diskussion beschlossen werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/2082 abzulehnen.

Berlin, den 29. November 2006

Der Verteidigungsausschuss

Ulrike Merten
Vorsitzende

Bernd Siebert
Berichterstatter

Dr. Hans-Peter Bartels
Berichterstatter

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Paul Schäfer (Köln)
Berichterstatter

Winfried Nachtwei
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Bernd Siebert, Dr. Hans-Peter Bartels, Birgit Homburger, Paul Schäfer (Köln) und Winfried Nachtwei

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/2082** in seiner 57. Sitzung am 19. Oktober 2006 beraten und an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/2082 in seiner 30. Sitzung am 29. November 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 16/2082 in seiner 22. Sitzung am 8. November 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Abwesenheit der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 16/2082 in seiner 26. Sitzung am 29. November 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der federführende **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/2082 in seiner 26. Sitzung am 29. November 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Seitens der **Fraktion der CDU/CSU** wird deutlich gemacht, dass der Antrag durch die Zeitfolge der Entwicklungen obsolet geworden sei. Dass die gewünschte sicherheitspolitische Debatte erst nach Verabschiedung des Weißbuchs stattfinde, sei keine Missachtung der parlamentarischen Rechte, sondern inhaltlich und prozedural der einzige richtige Weg, da es sich bei dem Weißbuch um ein Dokument der Bundesregierung – also der Exekutive – handele.

Die **Fraktion der SPD** betont, dass der Antrag der Fraktion der FDP überholt sei, da zum Beratungszeitpunkt die Bundesregierung bereits das neue Weißbuch vorgelegt habe. Der von der Fraktion der FDP gewünschten sicherheitspolitischen Debatte stehe auch nach der Veröffentlichung des Weißbuchs nichts im Wege. Ungeachtet der Tatsache, dass das Weißbuch als Exekutivdokument in der Verantwortung der Bundesregierung liege, bleibe die Bundeswehr eine Parlamentsarmee.

Aus Sicht der **Fraktion der FDP** wird darauf hingewiesen, dass das vom Bundesministerium der Verteidigung erstellte und am 25. Oktober 2006 vom Bundeskabinett verabschiedete Weißbuch erst nach einer Parlamentsdebatte und nach öffentlicher Diskussion hätte beschlossen werden sollen. Bedauerlicherweise habe das Bundesministerium der Verteidigung die Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Öffentlichkeit aus dem Entstehungsprozess ausgeschlossen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stimmt den in dem Antrag formulierten Feststellungen in Gänze und den darin formulierten Forderungen weitestgehend zu.

Seitens der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird kritisiert, dass das Weißbuch trotz wiederholter Bitten aus den Reihen des Parlaments im Schnelldurchgang und am Parlament vorbei verabschiedet worden sei. In der Ressortabstimmung sei der Entwurf des Bundesministeriums der Verteidigung an einigen Stellen sichtbar überarbeitet worden. Abrüstung und ziviles Krisenmanagement würden auf deklaratorischer Ebene zwar deutlicher hervorgehoben, in der Praxis ändere sich aber nichts. Auf die drängenden sicherheitspolitischen Fragen und Herausforderungen gebe das Weißbuch keine Antworten.

Berlin, den 23. März 2007

Bernd Siebert Berichterstatter	**Dr. Hans-Peter Bartels** Berichterstatter	**Birgit Homburger** Berichterstatterin
Paul Schäfer (Köln) Berichterstatter	**Winfried Nachtwei** Berichterstatter	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333